



Pilotprojekt „Radonkonzentrationen an Arbeitsplätzen im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge“

Datenschutzerklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Durch Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) ist der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge seit 11.02.2021 Radon-Vorsorgegebiet. Die Bundesländer sind verpflichtet, die Festlegung der Radon-Vorsorgegebiete regelmäßig zu überprüfen ([Paragraf 121 Abs. 1 Strahlenschutzgesetz](#)).

Für die Überprüfung der Festlegung ist es erforderlich, die Radonsituation in Bayern möglichst genau zu kennen. Deshalb sollen Messergebnisse der Radonkonzentration an Arbeitsplätzen in Innenräumen zur Verbesserung der Datengrundlage genutzt werden.

Über das Pilotprojekt haben die Teilnehmenden aus dem Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge die Möglichkeit, nach Abschluss der verpflichtenden Messungen an Arbeitsplätzen im Erd- oder Kellergeschoss ([Paragraf 127 Abs. 1 S. 1 Strahlenschutzgesetz](#)) ihre Messergebnisse und Informationen zum Gebäude an das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) zu übermitteln. Für die Übermittlung wird eine Pauschale in Höhe von 25 Euro je Messergebnis und den zugehörigen Gebäudedaten ausbezahlt.

Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die datenschutzrelevanten Anforderungen bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht. Die Teilnahme an dem Pilotprojekt und die damit verbundene Übermittlung personenbezogener Daten ist freiwillig.

1 Verantwortlicher

Verantwortlich für die Datenerhebung ist das

Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU)

Bürgermeister-Ulrich-Straße 160

86179 Augsburg

Tel.: +49 821 9071-0

Fax: +49 821 9071-5556

E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de

Das LfU wird durch seinen Präsidenten Dr. Christian Mikulla vertreten.

Den Datenschutzbeauftragten des LfU erreichen Sie unter der E-Mail-Adresse datenschutz@lfu.bayern.de sowie telefonisch oder postalisch über die oben genannten Kontaktdaten des LfU. Bitte kennzeichnen Sie im Falle der postalischen Übermittlung den Umschlag mit „Datenschutzbeauftragter“.

2 Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt gem. [Art. 6 Abs. 1 Buchst. e\)](#), [Abs. 3 Buchst. b Datenschutz-Grundverordnung](#) (DSGVO), i.V.m. [Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetz](#) (BayDSG) sowie in Verbindung mit [§ 121 Strahlenschutzgesetz](#) (StrlSchG), [§ 127 Strahlenschutzgesetz](#) (StrlSchG) und [§ 153 Strahlenschutzverordnung](#) (StrlSchV). Zweck der Verarbeitung sind die Auszahlung einer Pauschale für die Übermittlung der Ergebnisse von Radonmessungen an Arbeitsplätzen im Erd- oder Kellergeschoss im Radon-Vorsorgegebiet und dazugehöriger Gebäudedaten sowie der anlassbezogene Vollzug des Strahlenschutzgesetzes und der Strahlenschutzverordnung.

Zum Zweck der Verbesserung der Datengrundlage der Karte „Prognose der Verteilung des Radonpotentials in Deutschland mit Schwellenwerten entsprechend der Kriterien für Radonvorsorgegebiete“ des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) werden die Daten (Messergebnisse und Gebäudedaten) zudem an das BfS übermittelt. Die Übermittlung der Daten ist zur Erfüllung einer der empfangenden öffentlichen Stelle obliegenden Aufgabe erforderlich und erfolgt damit entsprechend [Art. 5 Abs. 1 Nr. 1 BayDSG](#).

3 Personenbezogene Daten

Im Zuge der Teilnahme am Pilotprojekt „Radonkonzentrationen an Arbeitsplätzen im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge“ erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten, um die Pauschale in Höhe von 25 Euro je Messergebnis und zugehörigen Gebäudedaten auszahlen zu können. Gemäß [Art. 4 Nr. 1 der Datenschutz-Grundverordnung](#) (DSGVO) sind „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Zur Überprüfung der Erfüllung geforderter Voraussetzungen an die Radonmessungen an Arbeitsplätzen im Erd- und Kellergeschoss in Radon-Vorsorgegebieten werden die folgenden personenbezogenen Daten erhoben (*keine verpflichtenden Angaben):

- Postalische Adresse (Kontaktdaten)
- Ansprechpartner beim Unternehmen (Kontaktdaten)
- *Koordinaten des Gebäudes

4 Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten ist das LfU. Gespeichert werden die Daten in einer Datenbank des LfU (Exceldatei in E-Akte/Vollzugsdatenbank). Die personenbezogenen Daten werden nicht unbefugt an Dritte weitergegeben.

Zudem erfolgt eine Übermittlung an das BfS – siehe hierzu die Erläuterungen unter Punkt 2.

Ebenso werden die Daten an das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) übermittelt. Als zuständige Behörde gemäß [§ 121 Strahlenschutzgesetz](#) ist das StMUV für die Festlegung und die Überprüfung der Radon-Vorsorgegebiete in Bayern verantwortlich. Für die Festlegung wird die Karte „Prognose der Verteilung des Radonpotentials in Deutschland mit Schwellenwerten entsprechend der Kriterien für Radonvorsorgegebiete“ des BfS herangezogen. In diesem Zusammenhang werden auch die Daten, die zur Verbesserung der Karte dienen, an das StMUV weitergeleitet.

5 Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim LfU nur so lange gespeichert, wie dies für die Erreichung des jeweiligen Speicherungszweckes erforderlich ist oder wie dies durch gesetzliche Vorschriften vorgeschrieben ist.

Das BfS speichert die übermittelten Daten auf Dauer in der Bundeseinheitlichen Datei Radon in Gebäuden (BuRG) zur potenziellen zukünftigen Verwendung bei weiteren Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit der Radonkonzentration in Innenräumen.

6 Betroffenenrechte

Als Betroffener einer Datenverarbeitung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Falls Sie in die Verarbeitung durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz oder durch das Bayerische Landesamt für Umwelt durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben und die Verarbeitung auf dieser Einwilligung beruht, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Unabhängig davon können Sie sich an die Aufsichtsbehörde, das heißt den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden (Art. 77 DSGVO).

Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18

80538 München

Postanschrift: Postfach 22 12 19

80502 München

Telefon: +49 89 212672-0

Faxen: +49 89 212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de